

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit,  
Wirtschaft und Gleichstellung  
am Mittwoch, dem 24.09.2025, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 10:50 Uhr**

			Seite
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner		5
2.	Bericht der Verwaltung		6
3.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	158/2025	7
4.	Bericht der gfw zur Fachkräftegewinnung aus dem Ausland	159/2025	9
5.	Antrag der Kreistagsfraktion Die FRAKTION Die Linke. Die Partei „Programm zur Förderung von Bürgergenossenschaften vor allem zum Zwecke des Wohnungsbaus“	098/2025	10
6.	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Kreis Warendorf	109/2025	11

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Bas, Ali
Budde, Heinrich (ab 09:10 Uhr)
Fiedlers, Nils
Geiger, Andrea
Hollenhorst, Elisabeth K.
Kocker, Dennis
Meyer, Ludger
Mindermann, Ursula
Schmedding, Josef
Schulze Westhoff, Stephan
Starke, Dennis
Strübbe, Robert
Wamba, Gilbert
Zimmermeyer-Schürmann, Heike
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>
Blömker, Franz-Ludwig
Tentrup-Beckstedde, Christoph
<b>von der Verwaltung</b>
Arizzi Rusche, Anna, Dr.
Böttger, Pascal
Diekhoff, Katrin
John, Kai
<b>Gäste</b>
Michalczak-Hülsmann, Petra

**Es fehlten entschuldigt:**

Ausschussmitglieder
Freiwald, Klaudius Kirchhoff, Norbert Lehnert, Susanne, Dr. Schubert, David Schulte, Stephan

Frau Hollenhorst (B90/Die Grünen) eröffnet die Sitzung um 09:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden zur letzten Sitzung des Ausschusses in dieser Zusammensetzung. Sie freue sich auf interessante Daten und Fakten, welche u.a. von Frau Michalczak-Hülsmann von der gfw präsentiert werden sollen. Die Vorsitzende stellt den form- und fristgerechten Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Herr Kocker (SPD) stellt den Antrag, TOP 5 aus der Tagesordnung zu streichen. Hierunter soll ein Antrag der Kreistagsfraktion DIE FRAKTION Die Linke. Die Partei behandelt werden, allerdings ist kein Mitglied der Fraktion anwesend. Herr Schulze Westhoff (CDU) spricht sich hingegen dafür aus, den Punkt zu beraten, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden. Auch die Sozialdezernentin Frau Dr. Arizzi Rusche spricht sich gegen die Streichung des TOP 5 aus. Das Thema betreffe schließlich die gfw und Frau Michalczak-Hülsmann sei heute anwesend. Frau Mindermann (B90/Die Grünen) bringt außerdem ein, dass womöglich noch ein Mitglied der Fraktion eintreffen könne. Daraufhin wird abgestimmt.

**Beschlussvorschlag:**

TOP 5 soll aus der Tagesordnung gestrichen werden.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt  
Ja 6 (SPD, AfD, FWG)  
Nein 8 (CDU, B90)  
Enthaltung 1 (B90)

<b>1.</b>	<b>Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>	
-----------	---	--

Es werden keine Fragen gestellt.

<b>2. Bericht der Verwaltung</b>	
----------------------------------	--

Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, berichtet über aktuelle Themen des Jobcenters. Hierbei geht er u.a. auf die kürzlich erworbene Jobcenter-App ein. Diese soll in einem ersten Schritt einen komfortablen Zugang zu den digitalen Antragsvordrucken ermöglichen und so dem „digital first“-Ansatz entgegenkommen. Herr John berichtet außerdem über die neue Bezahlkarte der Firma Socialcard, welche das Barscheckverfahren ablösen soll. Grund dafür sei zum einen die in der Vergangenheit immer schlechter gewordene Infrastruktur an Postbankfilialen im Kreisgebiet und zum anderen die vollständige Einstellung des Scheckverfahrens durch die Postbank zum Ende des Jahres. Mit der Bezahlkarte könne die Möglichkeit zu ad hoc-Zahlungen für Bedürftige weiterhin aufrechterhalten werden. Zum geplanten Rechtskreiswechsel ukrainischer Flüchtlinge in das AsylbLG könne Herr John noch nichts Konkretes sagen. Zwar gebe es einen Referentenentwurf mit Plänen, der Stand sei aber nicht geklärt. Im Zuständigkeitsbereich des Jobcenters betreffe das Thema aktuell aber ohnehin nur 18 Bedarfsgemeinschaften.

Herr Schulze Westhoff (CDU) bittet um Informationen, inwieweit bezüglich der Bezahlkarte Synergieeffekte mit den für das AsylbLG zuständigen Städten und Gemeinden genutzt werden könnten. Diese hätten in der Vergangenheit über einen großen Aufwand diesbezüglich geklagt. Herr John erklärt, dass es technisch wenig Probleme geben dürfte. Die Bezahlkarte werde per Überweisung bespielt, eine Schnittstelle zum Leistungsprogramm sei nicht nötig. Allerdings müssten sich die Städte und Gemeinden an die Vorgaben des Landes halten. Ein Gespräch mit den Städten und Gemeinden habe bereits stattgefunden. Anders als im AsylbLG sei das Jobcenter allerdings nicht verpflichtet Listen über Konten zu führen, auf die Geldleistungen getätigt werden dürfen. Die Pflege dieser Listen sei sehr aufwendig und daher das größte Problem auf Seiten der Städte und Gemeinden.

3.	<b>Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf</b>	<b>158/2025</b>
----	---	-----------------

Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, stellt anhand der als **Anlage 1** beigefügten PowerPoint-Präsentation die aktuelle Lage im Kreis Warendorf dar. Er gibt an, dass sich die gestiegene Arbeitslosenquote im Kreis Warendorf nicht in gleichem Maße in Bedarfsgemeinschaften niederschlage. Diese seien nach wie vor rückläufig. Die Anzahl der Integrationen sei überdies vielversprechend, sodass der Ansatz voraussichtlich erreicht werden könne. Die Sozialdezernentin Frau Dr. Arizzi Rusche spricht in diesem Zusammenhang Lob für das Jobcenter aus. In Rankings sei der Kreis Warendorf stets oben vertreten, aktuell in Bezug auf Integrationen z.B. landesweit auf Platz 3 sowie unter den kommunalen Trägern auf Platz 1. Ob dies so gehalten werden könne, sei zwar immer fraglich, dennoch leisteten alle Beteiligten gute Arbeit.

Herr Blömker (SPD) möchte wissen, wie nachhaltig die Integrationen seien, insbesondere in Bezug auf Langzeitarbeitslose. Eine Antwort ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt. Herr John gibt zu bedenken, dass man sich bei der Frage nach Nachhaltigkeit und hohen Integrationszahlen immer entscheiden müsse. Wolle man eine besonders nachhaltige Integration, ginge dies nur über einen erheblich größeren Aufwand. Die Integrationen insgesamt würden in der Folge sinken. Das Jobcenter sehe größere Chancen in einer größeren Zahl von (schnelleren) Integrationen. Wer erst einmal in Arbeit sei, habe bessere Chancen auch dort zu bleiben. Herr Schulze Westhoff (CDU) lobt die Ergebnisse des Jobcenters, auch in Bezug auf die stärkere Reduzierung von Stellen auf dem Markt.

Herr John fährt mit seinem Vortrag fort und berichtet über den Bereich Bildung und Teilhabe. Hier sei man leider „nur noch“ auf Platz 2 des Rankings. Der Anstieg in den Zahlen der Inanspruchnahmen sei auf das Wohngeld Plus zurückzuführen, das mehr Personen einen Anspruch auf Bildung und Teilhabe nach dem BKGG ermögliche. In Bezug auf die Ausbildungsvermittlung erläutert Herr John, dass häufig das Matching ein Problem sei. Zwar gebe es ähnlich viele offene Stellen wie Bewerber, die Ansprüche der Arbeitgeber auf der einen Seite sowie die Vorstellungen der Bewerber auf der anderen würden aber häufig nicht übereinstimmen. Bei Personen unter 25 Jahren strebe das Jobcenter grundsätzlich eine Ausbildungsvermittlung an. Diese sei nachhaltiger als eine Vermittlung in Arbeit. Herr John berichtet außerdem über ein Projekt mit der Firma BASF. Die Zusammenarbeit sei im Rahmen der Jobmesse future@work zustande gekommen, kurzfristig geplant worden und bereits angelaufen. Im Fokus stünden dabei junge Flüchtlinge, welche sowohl beim Spracherwerb als auch bei der Ausbildung unterstützt werden würden.

Auf Herr Blömkers Frage, wie man Ausbildungsabbrüchen entgegenwirke, stellt Herr John die Maßnahme AsA Flex vor. Bei dieser werden Auszubildende engmaschig begleitet und unterstützt, was einem Abbruch vorbeugen soll. Frau Mindermann (B90/Die Grünen) bittet um einen Überblick, in welchen Branchen die Ausbildungsvermittlung besonders problematisch sei. Diese ist dem Protokoll als **Anlage 3** beigefügt. Frau Dr. Arizzi Rusche berichtet diesbezüglich von einem Gespräch mit der IHK, in dem von einem Rückgang kaufmännischer Berufe die Rede gewesen sei. Auf Frau Mindermanns Frage, ob auch andere Projekte zur Ausbildungsbegleitung unterstützt

werden würden, gibt Herr John an, man beschränke sich auf das in eigener Trägerschaft geführte AsA Flex.

In Bezug auf die Vermittlungsoffensive zeigt Herr John auf, dass sowohl die Quote der erschienenen Personen mit rd. 84% (zu 83%) als auch die durchschnittliche Anzahl der Gespräche pro Woche mit 26 (zu 17) über dem NRW-Schnitt liege. Das Erreichen der vom Land vorgeschriebenen Quoten wirke sich überdies positiv auf die Integrationsquote aus. Dennoch müsse man im Fall von Meldeversäumnissen oder Pflichtverletzungen auch sanktionieren. Frau Dr. Arizzi Rusche ergänzt hier, dass der Prozess zwar mühsam sei, Fehlverhalten aber Konsequenzen haben müsse. Man verfolge daher eine „wir ziehen durch“-Strategie. Auf Bitten von Herrn Schulze Westhoff erläutert Herr John noch einmal die Höhen und Zeiträume von Leistungsminderungen.

Der Umgang mit dem Eingliederungstitel (EGT) sei laut Herrn John in 2025 nach wie vor schwierig. Durch die erst sehr späten Haushaltsberatungen auf Bundesebene sei es zu Unsicherheiten in der vorläufigen und tatsächlichen Höhe gekommen. Späte Zuteilungen von (Rest)Mitteln seien aufgrund von Vergabevorschriften nur schwer zu verausgaben, weshalb man verstärkt auf die Nutzung des Werkcampus als Maßnahme in Selbstvornahme zurückgreifen würde. Aber auch die übrigen Integrationsfachkräfte haben gute Arbeit geleistet. Frau Dr. Arizzi Rusche gibt zu bedenken, dass nicht die pure Verausgabung der Mittel im Fokus stehe. Da es sich hier um Steuergelder handele, sei die Sinnhaftigkeit immer zu prüfen. Auch Herr Schulze Westhoff hält die flexible Nutzung des Werkcampus für das sinnvollste Mittel, um plötzlichen Zuteilungen seitens des Bundes entgegenzukommen.



<b>4. Bericht der gfw zur Fachkräftegewinnung aus dem Ausland</b>	<b>159/2025</b>
---	-----------------

Die Geschäftsführerin der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH, Frau Petra Michalczak-Hülsmann, berichtet anhand der als **Anlage 4** beigefügten PowerPoint-Präsentation über die Gewinnung von Fachkräften aus Drittstaaten und der EU. Sie beschreibt das Verfahren als sehr zeitaufwendig und beschwerlich. Insbesondere für die gfw, welche keine hoheitlichen Aufgaben wahrnehme, sei dies eine große Herausforderung. Es gehe darum, kleine Unternehmen nicht zu vernachlässigen, für die das Recruiting deutlich schwieriger sei. Frau Michalczak-Hülsmann gibt außerdem einen Überblick über aktuelle Projekte von Institutionen im Kreisgebiet und der näheren Umgebung.

Frau Hollenhorst (B90/Die Grünen) dankt Frau Michalczak-Hülsmann für den anschaulichen Bericht, der gezeigt habe, wie vielfältig die Arbeit der gfw sei. Auch Herr Bas (B90/Die Grünen) dankt für den Vortrag und möchte wissen, inwieweit die EU-REGIO in das Netzwerk der gfw eingebunden sei; immerhin sei der Kreis Warendorf hier Mitglied. Laut Frau Michalczak-Hülsmann gebe es enge Verbindungen z.B. in Bezug auf Beratungen zu Rentenansprüchen. Frau Mindermann (B90/Die Grünen) bittet um Informationen über die Zahl der ausländischen Fachkräfte im Kreis. Eine Übersicht der Arbeitsagentur Ahlen Münster hierzu ist dem Protokoll als **Anlage 5** beigefügt.

Herr Schulze Westhoff (CDU) zeigt sich entsetzt über den schlechten Stand der Vermittlungen insbesondere in Bezug auf die IT-Branche und bittet um die Benennung von Gründen. Frau Michalczak-Hülsmann gibt an, dass der bürokratische Aufwand eine Hürde sei, aber auch das hohe Maß an Verantwortung. (Große) Unternehmen zögerten deshalb und suchten lieber zunächst noch einmal im Inland nach Fachkräften. An Lösungen werde aber weiterhin gearbeitet. Herr Blömker (SPD) bestätigt die „Ohnmacht“ von Unternehmen und Institutionen in Bezug auf den bürokratischen Aufwand, welche ihm gegenüber in Gesprächen kommuniziert worden sei. Im Kontrast dazu seien große Pflegeeinrichtungen aber durchaus in der Lage, diesen Aufwand zu stemmen. Er erinnert an ein Projekt des Kreises Euskirchen, welches kleine Unternehmen auch bei der Integrationsarbeit im Nachgang der Rekrutierung unterstützt habe. Der Leiter des Jobcenters, Herr John, der zur Zeit des Projektes Sozialamtsleiter gewesen ist, erklärt, dass die Bedarfe im Kreis Warendorf und im Kreis Euskirchen sehr unterschiedlich gewesen seien. Die Träger im Kreis Warendorf seien gut vernetzt. Frau Michalczak-Hülsmann bestätigt dies. Herr Kocker (SPD) gibt zu bedenken, dass in der Pflege Fachkräftemangel bereits seit einiger Zeit ein Problem sei. Man habe daher Zeit gehabt, sich organisatorisch und unternehmenskulturell zu entwickeln. Bürokratie könne daher nicht das Hauptproblem sein. Diese entstehe aus den gesellschaftlichen Umständen und werde gern als Ausrede genutzt. Herr Kocker sieht das Hauptproblem in der fehlenden Bereitschaft zur Aufnahme ausländischer Fachkräfte. Frau Michalczak-Hülsmann stimmt ihm zu. Häufig gebe es Kontaktängste z.B. in Bezug auf eventuell auftretende Sprachbarrieren. Auch Herr Fiedlers (FWG) sieht die Hinderungsgründe bei den Unternehmen. Obwohl in der IT-Branche viele Fachkräfte aus Portugal kämen, seien viele Unternehmen sehr vorsichtig. Auch das Argument mancher Behörden, aufgrund des Gesichtsverlustes nicht im Ausland werben zu können, halte er für falsch.

5.	<b>Antrag der Kreistagsfraktion Die FRAKTION Die Linke. Die Partei „Programm zur Förderung von Bürgergenossenschaften vor allem zum Zwecke des Wohnungsbaus“</b>	<b>098/2025</b>
----	--	-----------------

Es ist kein Mitglied der Kreistagsfraktion Die FRAKTION Die Linke. Die Partei anwesend.

Sowohl die Geschäftsführerin der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH, Frau Petra Michalczak-Hülsmann, als auch die Sozialdezernentin, Frau Dr. Anna Arizzi Rusche, halten die im Antrag geforderten Aufgaben für nicht leistbar. Die gfw sei zu klein. Auch die Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf hätten, so Frau Dr. Arizzi Rusche, die Zuständigkeit der gfw verneint. Frau Michalczak-Hülsmann bietet stattdessen an, auf der Homepage über Fördermittel zu beraten und so einen Direkteinstieg zu ermöglichen.

Herr Schulze Westhoff (CDU) lehnt den Entscheidungsvorschlag ebenfalls mit Hinweis auf eine Überfrachtung der gfw ab. Den Vorschlag von Frau Michalczak-Hülsmann halte er für gut. Herr Budde (CDU) macht darauf aufmerksam, dass einige Kommunen im Kreis bereits ähnliche Zusammenschlüsse hätten, er befürworte daher keine weiteren Projekte. Herr Kocker (SPD) widerspricht Herrn Budde hier. Er halte möglichst viele Akteure für wünschenswert. In Bezug auf die Leistungsfähigkeit der gfw und den Vorschlag von Frau Michalczak-Hülsmann sehe er die Sache aber ähnlich wie Herr Schulze Westhoff.

Daraufhin wird über den Antrag im Wortlaut des Schreibens vom 05.03.2025 abgestimmt.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung wird aufgefordert, ein Programm zur Förderung von Bürgergenossenschaften vor allem zum Zwecke des Wohnungsbaus aufzulegen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig abgelehnt

Ja 0

Nein 16 (CDU, SPD, B90, FWG, AfD)

Enthaltung 0

6.	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Kreis Warendorf	109/2025
----	--	----------

Die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Warendorf, Frau Katrin Diekhoff, erklärt, dass die Kreisverwaltung groß sei und folglich zum Thema Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt viele Aufgaben zusammenkämen. Sie verliest die als **Anlage 6** beigefügten Antworten zu den von der SPD-Kreistagsfraktion formulierten Fragen.

Frau Hollenhorst (B90/Die Grünen) bedankt sich bei allen Anwesenden für die gute Zusammenarbeit in den Sitzungen der vergangenen Wahlperiode. Sie habe sich gefreut, den Vorsitz führen zu dürfen. Die Sozialdezernentin Frau Dr. Arizzi Rusche dankt ebenfalls für den gelungenen Austausch mit dem Gremium im Allgemeinen und der Vorsitzenden im Speziellen. Die neue Zusammensetzung des AWiG sei noch unklar, vielleicht gebe es ein Wiedersehen mit einzelnen Mitgliedern. Frau Dr. Arizzi Rusche übergibt einen Blumenstrauß an Frau Hollenhorst. Die Vorsitzende beendet die Sitzung um 10:50 Uhr.

Elisabeth K. Hollenhorst  
Vorsitzende

Dr. Anna Arizzi Rusche  
Schriftführerin